

N i e d e r s c h r i f t

RAT/024/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Rates der Stadt Rheine
am 04.09.2007**

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Mitglieder des Rates:

Herr Matthias Auth	CDU
Herr José Azevedo	CDU
Herr Ulrich Beckmann	Sozial Liberal
Herr Raphael Bögge	CDU
Frau Christel Brachmann	CDU
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD
Herr Manfred Brinkmann	CDU
Herr Horst Dewenter	CDU
Herr Jürgen Gude	CDU
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU
Herr Johannes Havers	CDU
Frau Marianne Helmes	CDU
Herr Frank Hemelt	SPD
Herr Alfred Holtel	FDP
Herr Christian Kaisal	CDU
Frau Ellen Knoop	SPD
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU
Frau Hannelore Koschin	SPD
Herr Christoph Kotte	CDU

Herr Günter Löcken	SPD
Frau Monika Lulay	CDU
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Udo Mollen	SPD
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU
Herr Josef Niehues	CDU
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Theresia Overesch	CDU
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Eckhard Roloff	SPD
Herr Jürgen Roscher	SPD
Herr Marcel Tewes	Sozial Liberal
Herr Friedel Theismann	CDU
Herr Günter Thum	SPD
Herr Falk Toczowski	SPD
Frau Annette Tombült	CDU
Herr Anton van Wanrooy	CDU
Herr Johannes Willems	FDP
Herr Josef Wilp	CDU
Herr Ludger Winnemöller	CDU
Frau Waltraud Wunder	SPD

Gäste:

Herr Dr. Ralf Schulte-de Groot

(Geschäftsführer Stadtwerke)

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg

Herr Jan Kuhlmann

Herr Werner Lütkeemeier

Herr Wolfgang Nehus

Herr Karl-Heinz Ottenhus

Herr Theo Elfert

(stellv. Schriftführer)

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder des Rates:

Herr Antonio Berardis	SPD
Herr Norbert Dörnhoff	CDU
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietmar Ostermann	SPD

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist sie darauf hin, dass in Abstimmung zwischen der CDU- und SPD-Fraktion der Punkt 6 „Beschlussfassung über den Jahresabschluss der Firma „Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH“ für das Geschäftsjahr 2006“ von der Tagesordnung abgesetzt werden solle, weil den Fraktionen erst gestern der Bericht vorgelegt worden sei.

Einstimmig beschließen die Ratsmitglieder daraufhin die Absetzung des v. g. Punktes.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung am 23.05.2007

I/A/0365

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung am 19.06.2007

I/A/0370

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

3. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 19.06.2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0390

Frau Dr. Kordfelder berichtet, die Beschlüsse des Rates seien ausgeführt worden.

Bezüglich der Stellungnahmen zu den Anfragen und Anregungen verweist sie auf die der Einladung beigelegten Hinweiszettel.

4. Informationen

I/A/0435

4.1 Veröffentlichungen im Heft „Städte- und Gemeinderat“ – Ausgabe Juli-August 2007

Frau Dr. Kordfelder weist auf die auf den Tischen zum Mitnehmen ausgelegten Hefte „Städte- und Gemeinderat“ – Ausgabe Juli-August 2007 hin. Auf Seite 6 dieser Broschüre sei ein Beitrag von Herrn Thum „Mosaiksteine des vereinten Europas“ und auf Seite 28 ein Artikel der Bürgermeisterin zum Thema „Szenario für den Schrumpfungsprozess“ im Hinblick auf die vom Rat beschlossenen Leitlinien veröffentlicht.

5. Jahresabschluss 2006 der TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH **a) Feststellung des Jahresabschlusses** **b) Ergebnisverwendung** **c) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates** **Vorlage: 388/07**

I/A/0500

Nach Erläuterung der Vorlage und der Vorberatung im Aufsichtsrat durch Herrn Toczowski, fasst der Rat der Stadt folgende Beschlüsse:

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erklären sich zu Buchstabe c des Beschlussvorschlages für befähigt und nehmen im Zuhörerraum Platz.

Die Abstimmung hierzu übernimmt Frau Helmes wegen Befähigung von Frau Dr. Kordfelder.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der TaT – Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2006, abschließend mit einer Bilanzsumme von 3.740.210,17 €, wird in der vorgelegten, von Herrn Steuerberater Magnus Rotert, geprüften Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- b) Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.387,27 € wird in das Jahr 2007 vorgetragen, so dass sich ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von 116.666,85 € ergibt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- c) Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2006 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 6. Beschlussfassung über den Jahresabschluß der Firma "Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH" für das Geschäftsjahr 2006**
a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Ergebnisverwendung
c) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
Vorlage: 275/07

Der Punkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt.

- 7. Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine - Fortschreibung 2007**
Vorlage: 358/07

I/A/0790

Frau Knoop berichtet über die Vorberatung dieses Tagesordnungspunktes im Sozialausschuss und bittet den Rat um tatkräftige Unterstützung bei der Umsetzung des Migrations- und Integrationskonzeptes.

Frau Ehrenberg geht auf den 12-Punkte-Katalog des Konzeptes ein, der den Schwerpunkt für die Migrations- und Integrationsarbeit in den nächsten Jahren darstelle und durch unterschiedliche Arbeitsgruppen und Institutionen bearbeitet würde.

Herr Niehues erklärt für die CDU-Fraktion, dass diese dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Sie sei für die Fortschreibung des Integrationskonzeptes dankbar. Der Dank gelte vor allem den Mitgliedern des Integrationsrates sowie den Mitarbeiter(inne)n der Verwaltung und aller Dienste und insbesondere Herrn Werner Althoff für die begleitende Arbeit.

Herr Niehues stellt fest, dass Rheine mit der Integrationsarbeit auf dem richtigen Weg sei, obwohl noch einiges verbesserungswürdig sei, sodass man sich von Zeit zu Zeit immer wieder neue Vorsätze geben müsse. Es gebe aber keine Alternative zur Integrationsarbeit. Stumpfe Abschottung, egal von wem, helfe nicht. Man lebe in einer offenen abendländischen Kulturlandschaft, sodass die Integration von anderen Kulturen und Menschen eine Bereicherung sei. Jeder müsse seinen Anteil an dieser Integration leisten. Das gelte sowohl für diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen hier Menschen aufnehmen würden und ihre vorhandenen Ängste und Sorgen abbauen müssten. Die Menschen, die hierher kämen, müssten bereit sein, mit den hier bereits wohnenden in dieser Gesellschaft zu leben. Dabei spiele auch die Sprache eine wichtige Rolle.

Das 12-Punkte-Programm im Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine sollte als eine gemeinsame Aufgabe aller verstanden und angenommen werden. An die hier Anwesenden appelliert er, standhaft als Demokraten zusammenzustehen, wenn Probleme, die es nun mal in einer solchen Gesellschaft gebe, anderen Menschen zugeordnet würden. Er wünsche sich, dass einer des anderen Sprache und Kultur verstehe und dass Rheine keinen Platz für Intoleranz und Gewalt, egal durch und von wem, habe.

Herr Roscher stellt fest, dass dieses Migrations- und Integrationskonzept auch Rat und Verwaltung in die Pflicht nehme, das 12-Punkte-Programm Schritt für Schritt umzusetzen. Er bedankt sich bei den Erstellern dieses 12-Punkte-Programms, das die Zustimmung der SPD-Fraktion finde. Bei der Umsetzung hoffe er auf die Unterstützung aller gesellschaftlichen Kräfte in Rheine.

Herr Reiske stellt fest, dass seit Jahren in Rheine gute Integrationsarbeit geleistet werde. Seine Fraktion freue sich darüber, dass in dem neuen Konzept das 12-Punkte-Programm aufgenommen worden sei, denn es biete konkrete Handlungsfelder darüber, wie Integration weiterhin gestaltet werden könne. Allen, die an diesem Konzept beteiligt gewesen seien, spricht er seinen Dank aus.

Herr Holtel ergänzt, es liege jetzt an Rat und Verwaltung, das 12-Punkte-Programm mit Leben zu füllen. Dieses könne nicht nur alleinige Aufgabe des Integrationsrates sein.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt das Migrations- und Integrationskonzept der Stadt Rheine, Fortschreibung 2007, zur Kenntnis und beschließt, die Handlungsempfehlungen im 12-Punkte-Katalog (siehe Kapitel 6, S. 73 des Konzeptes) zur Richtschnur der kommunalen Migrations- und Integrationspolitik zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Frau Dr. Kordfelder bedankt sich beim Rat für den Konsens zu diesem Tagesordnungspunkt. Sie habe sich auch über die Berichterstattung in der Presse zu den bisherigen Diskussionen zum Migrations- und Integrationskonzept gefreut, wo es heiße: "Eines ist sicher, dass Migrations- und Integrationskonzept 2007 zeigt jede Menge Wege und Möglichkeiten auf, damit Rheines Bürger, ob zugewandert oder hier geboren, ein Heimatgefühl entwickeln und die Aufgaben der Zukunft gemeinsam meistern können."

Ferner habe sie aus gegebenem Anlass mit den Fraktionsvorsitzenden darüber gesprochen, was seitens der Verwaltung ergänzend zur Vorlage zum Thema Integration noch getan werden könne. So wolle die Verwaltung die städtische Post künftig mit Aufklebern "Für Toleranz und Demokratie" versehen. Darüber hinaus habe die Verwaltung einen Katalog der bisherigen Maßnahmen und Projekte zum Thema "Migration und Integration" zusammengestellt, der als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt ist.

Auch werde sie alle Aktiven zu einem runden Tisch "Bündnis für Sicherheit in Rheine" einberufen. Hierüber solle in der nächsten Fraktionsvorsitzendenbesprechung nochmals ausführlich informiert werden.

**8. Änderung in der Besetzung des Schulausschusses
- Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 188/07**

I/A/1720

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine beschließen auf Antrag der FDP-Fraktion die folgenden Änderungen in der Besetzung des Schulausschusses:

Mitglied: SB Holtel, Sabrina
Violinenweg 76
48432 Rheine
anstelle von RM Alfred Holtel

5. stellv. Mitglied RM Alfred Holtel

Ferner beschließen sie auf Antrag der CDU-Fraktion die folgenden Änderungen im Jugendhilfeausschuss:

stellv. Mitglied: SB Alexander Kulüke
Kolgeweg 24
48432 Rheine
als persönlicher Vertreter von RM Kohnen
anstelle von SB Katharina Koop

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Änderung in der Besetzung des Sportausschusses
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Vorlage: 289/07**

I/A/1860

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine beschließen auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN die folgende Änderung in der Besetzung des Sportausschusses:

1. stellv. Mitglied: SB Winkelhaus, Heinrich
Ortwinweg 10
48429 Rheine
anstelle von RM Siegfried Mau

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Entsendung von Vertreter/innen der Stadt Rheine in Verbände, Vereine und sonstige Gremien
- Änderungen
Vorlage: 387/07**

I/A/1895

Beschluss:

Der Rat der Stadt entsendet den nachstehend aufgeführten Vertreter der Stadt Rheine in folgende Gremien:

1. Verein zur Förderung der Abteilung Münster der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NW e. V. - Mitgliederversammlung

Herrn Andreas Richter als persönlichen Stellvertreter von Frau Dr. Angelika Kordfelder.

2. Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe - Verbandsversammlung

Herrn Andreas Richter als zweiter persönlicher Stellvertreter von Frau Dr. Angelika Kordfelder.

3. Westfälische Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Münster e. V. - Mitgliederversammlung

Herrn Andreas Richter als zweiter persönlicher Stellvertreter von Frau Dr. Angelika Kordfelder.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**11. Stadtwerke Rheine GmbH - Änderung in der Besetzung des Aufsichtsrates
Vorlage: 343/07**

I/A/1940

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine bestellen Herrn Theo Tappe, wohnhaft Schüttemeyerstraße 55 in Rheine, zum Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Rheine GmbH und deren Tochtergesellschaften.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
6 Stimmenthaltungen

- 12. Änderung in der Besetzung von Gremien**
1. Aufsichtsrat der TaT - Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH
2. Verwaltungsrat der Stadtsparkasse Rheine
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 380/07

I/A/2050

Beschluss:

Die Mitglieder des Rates der Stadt Rheine

1. bestellen Herrn Siegfried Mau zum Mitglied und Herrn Michael Reiske zu seinem persönlichen Stellvertreter des Aufsichtsrates der TAT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH.
2. wählen gemäß § 11 Abs. 4 des Sparkassengesetzes (SpkG) Herrn Rainer Ortel zum persönlichen Vertreter von Herrn Michael Reiske.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

- 13. Vertretung der Stadt Rheine in der Delegiertenversammlung 2007 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)**
Vorlage: 386/07

I/A/2130

Herr Niehues spricht sich aus Kostengründen für den Alternativbeschlussvorschlag aus.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine verzichtet auf die Entsendung von 3 Vertreter/innen zur Delegiertenversammlung 2007 der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 20. und 21. November 2007 in Dresden und bevollmächtigt das Mitglied des Präsidiums, Herrn Günter Thum die 3 Stimmrechte zur Wahrung der Mitgliedschaftsrechte für die Stadt Rheine dort auszuüben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

14. 2. Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine
Vorlage: 317/07

I/A/2195

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 2. Änderung der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Rheine (Neufassung).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Bebauungsplanes Nr.104,
Kennwort: "Schmidts - Kämpken", der Stadt Rheine
II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des
Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"
der Stadt Rheine
III. Änderungsbeschluss gemäß § 4a Abs. 3 BauGB
IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 295/07

I/A/2335

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwick-
lungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den während der Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 247/07) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 247/07) und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen abwägungsrelevanten Stellungnahmen zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB

Gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 4 BauGB wird festgestellt, dass

- a) durch die Vergrößerung der öffentlichen Verkehrsfläche für die Straße „Am Kellersberg“ von 7,50 m auf 8,00 m die Grundzüge der Planung nicht berührt werden,
- b) die Öffentlichkeit durch diese marginale Korrektur nicht betroffen wird sowie

- c) die Interessen anderweitiger Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durch diese Änderung nicht berührt werden.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die unter Punkt a) beschriebene Änderung des Entwurfes des Bebauungsplanes nach den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentlichkeit) und gemäß § 4 Abs. 2 BauGB (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW S. 498) wird der Bebauungsplan Nr. 104, Kennwort: " Schmidts-Kämpken ", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Es wird festgestellt, dass der Bebauungsplan Nr. 104, Kennwort: " Schmidts-Kämpken ", der Stadt Rheine aus dem wirksamen Flächennutzungsplan entwickelt worden ist und demzufolge keiner Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedarf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 16. 16. Änderung des Bebauungsplanes Nr.10 g,
Kennwort: "Westliche Innenstadt", der Stadt Rheine**
**II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen
des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 285/07/1

I/A/2405

Beschluss:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW S. 498) wird die 16. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 g, Kennwort: "Westliche Innenstadt", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 17. 13. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine,
Kennwort: "Schulten Sundern"**
**II. Beschlüsse über die Abwägungsempfehlungen des
Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Feststellungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 262/07

I/A/2480

Beschluss:

II. Beschlüsse über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ zu den während der Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 092/07) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 092/07) und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen abwägungsrelevanten Stellungnahmen zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Feststellungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 2 Abs. 1 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW S. 498) be-

schließt der Rat der Stadt Rheine die 13. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Rheine, Kennwort: „Schulten Sundern“, nebst Begründung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 18. 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 294, Kennwort: "Gewerbegebiet Mesum-Süd", der Stadt Rheine**
II. Beschlüsse über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 263/07

I/A/2520

Beschluss:

II. Beschlüsse über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses „Planung und Umwelt“ zu den während der Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 094/07) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 094/07) und § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen abwägungsrelevanten Stellungnahmen zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Mai 2005 (GV. NRW S. 498) werden die 1. Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 294, Kennwort: „Gewerbegebiet Mesum-Süd“, der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

19. Leistungsorientierte Bezahlung der Bediensteten der Stadt Rheine - Einbeziehung der Beamten und Beamtinnen
Vorlage: 345/07/1

I/A/2555

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass für Beamtinnen und Beamte die gleichen Vor- und Nachteile gelten sollten wie für die tariflich Beschäftigten. Das gelte auch für die leistungsorientierte Bezahlung, durch die alle Bediensteten gleichbehandelt werden sollten.

Herr Niehues berichtet, die CDU-Fraktion habe lange und kontrovers über dieses Thema diskutiert mit dem Ergebnis, dass sie mehrheitlich dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde. Die CDU-Fraktion wisse um die Leistungsbereitschaft der Beamten im Rathaus und deren Belastung. Man wisse auch, dass den Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren erhebliche Einschränkungen zugemutet worden seien. Aber auch die Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft hätten diese Belastungen in den letzten Jahren hinnehmen müssen.

Der Ansatz der Verwaltung, eine bestimmte Summe speziell für besonders gute Leistungen im Rathaus bereitzustellen, sei prinzipiell richtig. Auch die CDU-Fraktion sei grundsätzlich für eine leistungsbezogene Vergütung. Es gebe aber zwei Gründe, warum die CDU-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt der leistungsorientierten Bezahlung bei den Beamten nicht zustimmen könne. Zum einen sei aus dem Bereich der tarifrechtlichen Mitarbeiter(innen) bekannt, dass so genannte freiwillige Leistungen nicht automatisch angepasst würden, wenn aus freiwilligen Leistungen tarifrechtliche Leistungen würden; es würde immer nur "draufgepackt". Bei den Beamten fehle heute die gesetzliche Regelung für diese Leistungsentgelte. Die CDU setze jedoch darauf, dass der Gesetzgeber innerhalb der nächsten Jahre hier eine Regelung erlassen werde.

Zum anderen müsse man bedenken, dass, solange die Stadt sich um einen ausgeglichenen Haushalt bemühe und in verschiedenen Bereichen freiwillige Leistungen streiche, in der Bevölkerung nur wenig Verständnis dafür aufgebracht werde, wenn man den Beamtinnen und Beamten im Rathaus freiwillig eine Sonderzahlung, die in der Summe jährlich 72.000,00 € ausmache, zukommen ließe.

Die CDU-Fraktion sei bereit, nach der Kommunalwahl im Jahr 2009/2010 erneut über eine leistungsorientierte Bezahlung der Beamten zu sprechen. Sie werde bis dahin beobachten, welche Rolle der Personalrat in dieser Frage bei den tariflich Beschäftigten einnehme. Die CDU-Fraktion wolle die leistungsorientierte Bezahlung für die Beamtinnen und Beamten ebenso wie für die tariflich Beschäftigten auf Dauer.

Da auch andere Städte und Gemeinden das Thema der leistungsorientierten Bezahlung von Beamtinnen und Beamten sehr unterschiedlich behandeln würden, habe für die CDU-Fraktion zunächst die Neuordnung der städtischen Finanzen erste Priorität.

Herr Roscher signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag der Verwaltung, weil sie gegen eine soziale Ungleichbehandlung der vom Status unterschiedlichen Mitarbeiter(innen) in der Verwaltung sei. Die tariflich Beschäftigten hätten gegenüber den Beamtinnen und Beamten schon jetzt Vorteile, wie zum Beispiel bei der Arbeitszeit. Wenn bei tariflich Beschäftigten die

leistungsorientierte Bezahlung tarifrechtlich vorgesehen sei, dann müsse dieses aus Gründen der Gleichbehandlung auch für die Beamtinnen und Beamten gelten, denn häufig würden tariflich Beschäftigte und Beamte auf einem Zimmer sitzen und die gleiche Tätigkeit verrichten. Wenn die Mitarbeiter(innen) das größte Kapital eines Arbeitgebers seien, dann müsse man dieses Kapital auch pflegen, und zwar einheitlich.

Herr Reiske führt aus, dass auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE Grünen dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, denn es handele sich hierbei um eine freiwillige Leistung in Höhe von immerhin 72.000,00 € jährlich. Die Ablehnung seiner Fraktion erfolge aber nicht nur vor dem Hintergrund der Haushaltslage, sondern sie halte es auch für sehr schwierig, für eine leistungsorientierte Bezahlung die erforderlichen Bewertungskriterien zu entwickeln.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen sehe im übrigen eine viel größere Ungleichbehandlung durch den von den Tarifpartnern beschlossenen Wegfall des Familienzuschlages bei Neueinstellungen. Diese Streichung führe dazu, dass in den unteren Lohngruppen Familien mit einem Kind Arbeitslosengeld II beantragen müssten. Daher sollte man eher in diesem Bereich über freiwillige Leistungen nachdenken.

Herr Holtel verweist auf die historisch gewachsenen Unterschiede im öffentlichen Dienst und merkt an, dass die Bediensteten bislang hätten selbst entscheiden können, ob sie im Beamtenverhältnis oder im Angestelltenverhältnis beschäftigt werden wollten. Ihm seien einige Fälle bekannt, in denen sich ehemalige Angestellte ins Beamtenverhältnis hätten übernehmen lassen; einen umgekehrten Fall kenne er nicht. Im Übrigen glaube er nicht, dass man global feststellen könne, wer mehr Vor- oder Nachteile habe.

Um eine Gleichbehandlung zu gewährleisten, seien nicht die Kommunen, sondern der Gesetzgeber gefordert. Insofern lehne auch die FDP-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt, insbesondere auch unter den finanziellen Auswirkungen, eine leistungsorientierte Bezahlung für die Beamten ab.

Herr Tewes signalisiert die Zustimmung der Fraktion Sozial Liberal zum Beschlussvorschlag, weil sie damit eine Ungleichbehandlung zwischen den tariflich Beschäftigten und dem Beamten im Rathaus verhindern möchte.

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Rheine stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Beamtinnen und Beamten der Stadt Rheine in das System der leistungsorientierten Bezahlung (LOB) einzubeziehen.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt, die zur Umsetzung des Beschlussvorschlages zu 1 notwendigen Haushaltsmittel in Höhe von ca. 72.000,00 €/Jahr, beginnend mit dem Haushaltsjahr 2009, zusätzlich bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:
16 Ja-Stimmen
23 Nein-Stimmen
2 Stimmenthaltungen

Damit ist der Beschlussvorschlag mehrheitlich abgelehnt!

20. Festlegung des Leistungsspektrums "Öffentliche Bäder in Rheine"
Vorlage: 390/07

I/A/3285

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Rheine GmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das bisherige Leistungsspektrum öffentliche Bäder in Rheine soll – wie dargelegt – unverändert fortgeführt werden.
2. Die Stadtwerke Rheine GmbH wird über ihre Tochtergesellschaft Rheiner Bäder GmbH mit der Aufgabe betraut, das unter Punkt 1. festgelegte „Leistungsspektrum öffentliche Bäder in Rheine“ bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

21. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

I/A/3365

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

22. Anfragen und Anregungen

I/A/3370

22.1 Errichtung einer privaten Hochschule im Gesundheitswesen als Ergänzung der Weiterbildungsangebote am Mathias-Spital in Rheine

Herr Niehues erläutert den als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Antrag der CDU-Fraktion und bittet die Bürgermeisterin, dieses Thema sehr aktiv gemeinsam mit den im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen zu begleiten und weiter aufzubereiten.

Frau Dr. Kordfelder merkt hierzu an, dass die Verwaltung schon seit Wochen an diesem Thema arbeite, zumal es sich hierbei um das Leitprojekt Nr. 1 in Rheine handele. Die Verwaltung habe bereits zu den beteiligten Ministerien Kontakt aufgenommen und sich um Fördermittel bemüht. Auch mit dem Mathias-Spital seien schon intensive Gespräche geführt worden. Sie sichert den Fraktionen zeitnahe Informationen zu, sobald konkrete Ergebnisse vorliegen würden.

Herr Reiske erinnert daran, dass es einen schon älteren vergleichbaren Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen gebe, sodass seine Fraktion diese Initiative außerordentlich begrüße.

Auch Herr Holtel vertritt die Auffassung, dass der Wunsch des Mathias-Spitals die Unterstützung des Rates rechtfertige.

Herr Roscher geht davon aus, dass der Antrag der CDU-Fraktion nicht die Chance für eine beantragte öffentliche Hochschule im Gesundheitswesen in Rheine gefährde. Er gehe davon aus, dass eine Entscheidung des Ministeriums zu der öffentlichen Fachhochschule im Herbst dieses Jahres vorliegen werde. Für die SPD-Fraktion habe die öffentliche Fachhochschule für Gesundheit jedenfalls höhere Priorität.

Herr Niehues erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag in Abstimmung mit dem Mathias-Spital gestellt habe. Die CDU stehe zu diesem Antrag, weil das Mathias-Spital eine Stütze für das Gesundheitswesen in dieser Region sei. Nach seinen Informationen gebe es seitens des Landes zurzeit noch keine Pläne für eine öffentliche Fachhochschule.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf die Äußerung von Herrn Reiske und bittet darum, sich an dieser Stelle nicht um das Erstgeburtsrecht zu streiten. Auch möchte sie in dieser Angelegenheit keine Legendenbildung für die Zukunft, dass sich, wenn in 5 bis 7 Jahren eine private Fachhochschule in Rheine bestehe, eine Fraktion nach vorne stelle und behaupte, dass sie die Initiatorin gewesen sei und die Fachhochschule auf den Weg gebracht habe. Das Erstgeburtsrecht für das Leitbild Nr. 1 könnten alle Bürgerinnen und Bürger von Rheine für sich in Anspruch nehmen, die das Integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept mit den insgesamt 27 Leitprojekten mit erarbeitet hätten.

Insofern sei sie für die Unterstützung der Fraktionen in dieser Angelegenheit dankbar. Daher sollte, wie von Herrn Niehues gefordert, versucht werden, gemeinsam dieses Projekt auf den Weg zu bringen. Die Verwaltung habe in den letzten Wochen und Monaten an verschiedenen Stellen schon intensiv vorgearbeitet. Es habe auch im Vorfeld der Beschlussfassung im Verwaltungsrat des Mathias-Spitals bereits vorbereitende Gespräche zwischen den jeweiligen Verwaltungen gegeben.

Herr Reiske meint, dass die Intentionen des Antrages unbedingt weiterentwickelt und vorangetrieben werden sollten. Er sehe hierbei auch keinen Widerspruch zu einer möglichen öffentlichen Fachhochschule in Rheine. Daher sollte die Verwaltung an diesem Leitbildprojekt sehr aktiv weiterarbeiten.

Ende des öffentlichen Teils: 18:00 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer